

# Grundmann auf Gegenbesuch

CDU-Bundestagsabgeordneter informiert sich über ambulanten Hospizdienst und Krebsfürsorge

Von Theo Bick

**BREMERVÖRDE.** Auf Besuch folgt Gegenbesuch: Nachdem vor einigen Monaten 16 Männer und Frauen vom ambulanten Hospizdienst Bremervörde-Zeven einer Einladung des Bundestagsabgeordneten Oliver Grundmann (CDU) nach Berlin gefolgt waren, kam der Christdemokrat am Donnerstag für ein zweistündiges Gespräch nach Bremervörde.

Vertreter des ambulanten Hospizdienstes, Christa Schmidt, Elisabeth Horlboge, Uwe Claus und Britta Wichern-Gerken, sowie der beiden Trägerorganisationen – Superintendent Wilhelm Helmers für den Kirchenkreis Bremervörde-Zeven sowie Hans Wilhelm Fricke und Dr. Barbara Illig für die Krebsfürsorge Bremervörde-Zeven – nutzten die Gelegenheit, um Oliver Grundmann die Arbeit und Sorgen von Hospizdienst und Krebsfürsorge näher zu bringen.

Und Sorgen gibt es insbesondere bei der Krebsfürsorge. „Wir kümmern uns unmittelbar um schwerkranke Menschen“, sagte Dr. Barbara Illig an Oliver Grundmann gewandt. Sie schilderte die Probleme des 344 Mitglieder starken Vereins, der „Jahr für Jahr“ (Illig) von Spenden abhängig sei. Um den Betrieb aufrecht zu erhalten, ist die Krebsfürsorge Bremervörde-Zeven bei einem Jahresetat von rund 100 000 Euro auf Spenden von etwa 50 000 Euro angewiesen.

Großer Beliebtheit erfreue sich unter anderem das Angebot „Sport nach Krebs“ mit 253 (ehemaligen) Krebspatienten, die sich verteilt auf 26 Gruppen sportlich betätigen, untereinander austauschen und Selbstvertrauen in den eigenen Körper zurückgewinnen können.

Fördergelder von Krankenkasse gebe es jedoch nur noch für reine Selbsthilfe, schilderte Illig. Da die Krebsfürsorge für die Leitung der „Sport-nach-Krebs“-Gruppen jedoch bezahlte Fachkräfte einsetze, fließen keinerlei Zuschüsse mehr. „Die Kassen haben eine viel größere Lobby in Berlin“, so ihr Vorwurf. „Wir wollen von Ihnen Ideen haben“, wandte sich Illig direkt an Grundmann.

Denn auch bürokratische Hürden machten der Organisation



Der CDU-Bundestagsabgeordnete Oliver Grundmann (von links) wurde von Britta Wichern-Gerken, Christa Schmidt, Elisabeth Horlboge, Hans Wilhelm Fricke und Uwe Claus über die Arbeit des ambulanten Hospizdienstes und der Krebsfürsorge Bremervörde-Zeven informiert.

Foto: Bick

immer wieder zu schaffen. Als Beispiel f

, der kürzlich in Bremervörde eingetroffen sei. Die Krebsfürsorge müsse nun monatlich für den von ihr genutzten Büroraum im Gebäude der AOK in Bremervörde zahlen, klagte Illig. Dabei befinde sich noch nicht einmal ein Empfangsgerät in dem Raum.

Zu allem Überfluss werde dringend ein neuer Übungsraum für die Gymnastikgruppe der Krebsfürsorge benötigt, da die AOK den bisherigen Raum nicht mehr zur Verfügung stelle.

Weniger Grund zur Klage haben die Verantwortlichen des ambulanten Hospizdienstes. Mittlerweile verfügt der Dienst mit Christa Schmidt und Elisabeth Horlboge über zwei hauptamtliche Koordinatorinnen.

Knapp 90 Begleitungen seien bislang allein in diesem Jahr von den 60 ehrenamtlichen und nach dem Celler-Modell qualifizierten Helferinnen und Helfern geschlossen worden. Die unterstützten Personen – Todkranke sowie deren Familien und Angehörige – seien zwischen einem und 104 Jahren alt gewesen. „Die Länge der Begleitungen variierte dabei

von einem Tag bis zu fünf Jahren“, sagt Christa Schmidt. In über der Hälfte der Fälle (53 Prozent) war Krebs die Diagnose der Sterbenden. Britta Wichern-Gerken über ihre Tätigkeit als Sterbegleiterin: „Die Arbeit erdet mich.“ Wichtigste Voraussetzung für die Tätigkeit sei die Selbstreflexion: „Man muss sich mit dem eigenen Tod auseinandersetzen.“

Oft helfe es, auf die Angehörigen zuzugehen, um dem Sterbenden einen würdevollen Tod zu ermöglichen, so Schmidt. Jemanden sterben zu lassen, sei nicht automatisch gleichzusetzen mit dem „Unterlassen“ von Hilfe.

Leicht auch bei ihr der Blick als ehemaliger Krankenschwester ein anderer sei als der heutige einer Palliativfachkraft, zeigte sie Verständnis für den natürlichen Wunsch vieler Angehöriger, das Leben ihrer sterbenden Familienmitglieder mit ärztlicher Hilfe möglichst zu verlängern. „Aber es findet mittlerweile ein Umdenken statt“, so Schmidt.

Für die Zeit der Begleitung werde versucht, so stark wie möglich auf die Bedürfnisse der Betroffenen und Angehörigen einzugehen und den passenden Ehrenamtlichen auszuwählen. So

könnten seitens der Helfenden Kenntnisse oder eine Ausbildung als Kosmetikerin gefragt sein. „Eine Begleitung kann noch einmal sehr viel Freude und Lebenskraft bringen“, weiß Horlboge aus Erfahrung.

Sehr gut funktioniert die Zusammenarbeit mit der Krebsfürsorge und dem Palliativdienst.

Alle Beteiligten einig. „Vielen Dank für die Einblicke in Ihre Arbeit. Die Botschaften sind klar angekommen“, sagte Grundmann nach den Schilderungen. Diese „ehrernte Tätigkeit“, so Grundmann, habe die Unterstützung der Gesellschaft verdient, bürokratische Hürden müssten nach Möglichkeit abgebaut werden. In Bezug auf die Hospizarbeit verwies der Christdemokrat auf die Beschlüsse des Parteitag seiner Partei in Essen, die Palliativmedizin und die Hospizarbeit zu stärken.

Ein wichtiges Bekenntnis, dem nun Folge geleistet werden müsse, betonte Barbara Illig. Ausführliche Informationen über Krebsfürsorge und Hospizdienst gibt es im Internet.

www.hospizdienst.org  
www.krebsfursorge.de